

Refeudalisierung

Unter das feudale Joch gebeugt

Der Kapitalismus übertrifft sich selber und mutiert zurück zum Feudalismus. Jedenfalls macht in der gesellschaftspolitischen Debatte der Begriff Refeudalisierung die Runde. Was soll er bloss bedeuten?

Von Stefan Howald

Der neue Geldadel kauft Kunstbilder und Fussballklubs für Rekordsummen und stellt seinen Reichtum schamlos zur Schau. Die immer zahlreicheren LeiharbeiterInnen werden quasi als Leibeigene gehalten. Selbst hart arbeitende UnternehmerInnen haben es nicht mehr so einfach und werden von den Finanzhaien aufgefressen, ebenso wie der gebeutelte Mittelstand.

Kurzum: Wir kehren zu feudalen Zuständen zurück.

So beschreibt es jedenfalls das Feuilleton. Schon Jean Ziegler hat 2005 in seinem Buch «Das Imperium der Schande» geschrieben. «Wir erleben eine Refeudalisierung der Welt. Und diese neue Feudalmacht trägt das Antlitz der transkontinentalen Privatgesellschaften.» Unter dem neuen Feudalismus versteht Ziegler die Privatisierung der Macht zugunsten einer winzigen Minderheit, deren Mitglieder nicht mehr kontrolliert oder zur Rechenschaft gezogen werden können.

Nun ist Jean Ziegler unverzichtbar als Stachel im Schweizer Wohlstandsfett und als unverwüstlicher Motivator der Empörung, aber als Theoretiker ist er nicht gerade trendsetzend. Damit der Begriff der Refeudalisierung in linken Debatten salonfähig wurde, brauchte es einen akademisch vernetzten Soziologen. Auftritt Sighard Neckel. Der österreichische Wissenschaftler, eben bekannt geworden durch Studien zur neuen Managerelite, veröffentlichte 2010 einen Aufsatz, oder besser, das Working Paper Nr. 10/6 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung: «Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft». Es katapultierte den Titelbegriff in die öffentliche Diskussion. Seither wird er in Feuilletons verwendet und ist flüchtig auch schon in der WOZ gesichtet worden. Sogar in der bürgerlichen «Welt» beklagte Chefideologe Thomas Schmid im Sommer 2011 die «Refeudalisierung der Politik». «Merken deutsche und andere

Politiker gar nicht, dass sie die EU gegen den Souverän abschirmen und diesem – gewollt oder nicht – das Recht auf Teilhabe, Einsicht und Verstehen entziehen? (...) Merken sie gar nicht, dass sie eine ungeahnte Refeudalisierung der Politik betreiben?»

Während Jean Ziegler mit der Refeudalisierung vor allem auf den Zusammenhang von Wirtschaft und Politik und die Unterordnung letzterer unter die erstere zielt, geht Sighard Neckel darüber hinaus. Für ihn äussert sich der neue Feudalismus auch in der Sozialstruktur und im Sozialverhalten. So zählt er eine Vielzahl jüngerer Entwicklungen auf: Preisgabe des bürgerlichen Verhaltenskodex; Ersetzung des Leistungsprinzips durch reine Gewinnsucht; Reduktion der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten; stärkere Zerklüftung der Gesellschaft.

«Verlust der bürgerlichen Werte»

Ob die Refeudalisierung etwas Neues sei, hängt damit zusammen, was man als zeitlichen Bezugsrahmen nimmt. Sighard Neckel bezieht sich explizit auf Jürgen Habermas, der 1961 in seinem bahnbrechenden Buch «Strukturwandel der Öffentlichkeit» von einer «Refeudalisierung der Öffentlichkeit» gesprochen hatte: Durch Public Relations und andere Marketinginstrumente werde die im 18. Jahrhundert herausgebildete bürgerliche Öffentlichkeit ausgehöhlt und durch die blosser Repräsentanz der Mächtigen ersetzt. Dass es problematisch ist, ein in einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich festgestelltes Phänomen fünfzig Jahre später zu verallgemeinern, ist auch Neckel bewusst, er schränkt deshalb ein: Bei der Refeudalisierung handle es sich bloss um eine fortschreitende Tendenz. Solche Vorbehalte fallen dann in der publizistischen Verwendung des Begriffs weg.

Ausgangspunkt der Refeudalisierungsthese ist die Kritik an der wachsenden Ungleichheit. Zweifellos, verglichen mit den fünfziger bis siebziger Jahren öffnet sich die Lohn- und Reichtumsschere gegenwärtig dramatisch. Aber in der Zwischenkriegszeit des letzten Jahrhunderts war die Vermögensverteilung mindestens so ungleich, und Ende des 19. Jahrhunderts ungleicher. Statt von einer Refeudalisierung liesse sich von einer Rückkehr ins 19. Jahrhundert und den Manchesterkapitalismus sprechen – was ja schlimm genug ist (oder gar noch schlimmer).

Die angebliche Ablösung des bürgerlichen «Prinzips der Leistung» durch die reine Gewinnsucht der Finanzwelt und die Aushöhlung der «klassischen bürgerlichen Werte» durch soziale Rücksichtslosigkeit kann bei der gegenwärtigen Kritik am Finanzkapital anknüpfen. Aber diese Kritik setzt voraus, dass Vermögen früher stärker an Leistung gekoppelt war.

Sollen also die Milliardenvermögen von Rockefeller und Vanderbilt und Ford und Krupp «gerechter» gewesen sein, weil sie auf einer industriellen Leistung aufbauten? Leistung als «bürgerliche Tugend» war schon immer ein ideologisches Konstrukt. Bereits der Manchesterkapitalist zitierte das Leistungsprinzip vor allem zur beruhigenden Erbauung. Das ganze Set aufklärerischer bürgerlicher Tugenden ist, wie der Historiker Eric Hobsbawm gezeigt hat, seit etwa 1880 zum schönen Schein verkommen. Auch Sekundärtugenden wie Reinlichkeit oder Pünktlichkeit sind sozial verfasst. Pünktlichkeit ist eine «Errungenschaft» der industriellen Arbeit und musste der bäuerlichen Bevölkerung aufgezwungen werden. Besser liesse sich also angesichts des «Zerfalls bürgerlicher Werte» sagen: Der Kapitalismus bekennt sich zu seinem innersten Wesen.

Auch bezüglich der sozialen Durchlässigkeit zeigen historische Studien, wie am Ende des 19. Jahrhunderts die grossen Vermögen durch Clanbildungen innerhalb von Familiendynastien weitergegeben wurden. Nicht einmal die Zunahme von persönlichen Dienstverhältnissen ist eine neue Erscheinung im Kapitalismus: Anfang des 20. Jahrhunderts verfügten selbst Mittelstandsfamilien über Dienstboten.

Prekäre Leiharbeit

Der Begriff Refeudalisierung bezieht sich logischerweise auf den Feudalismus. Also: «Statt des unabhängigen Mannes finden wir hier jedermann abhängig – Leibeigene und Grundherrn, Vasallen und Lehensgeber, Laien und Pfaffen. Persönliche Abhängigkeit charakterisiert ebenso sehr die gesellschaftlichen Verhältnisse der materiellen Produktion als die auf ihr aufgebauten Lebenssphären.» Karl Marx formuliert hier einerseits, dass die ganze feudale Gesellschaft von persönlichen Abhängigkeiten durchzogen ist. Andererseits ist diese Abhängigkeit vermittelt: Die Ökonomie funktioniert nicht mit absoluter Verfügungsgewalt wie in der Sklaverei, sondern mittels einer Hierarchie von Verfügungsgewalten (Subkontraktoren). Dadurch entstehen gewisse Anreize zur individuellen Produktivität, was im Feudalismus den Übergang zur bürgerlichen und dann kapitalistischen Produktionsweise vorbereitet.

Für die VerfechterInnen der Refeudalisierungsthese gelten die Prekarisierung und insbesondere die Leiharbeit als Beispiel für die zunehmende persönliche Abhängigkeit. Leiharbeit soll die Arbeitenden als ganze Personen vollständig den UnternehmerInnen ausliefern. Aber Leiharbeit in der jetzigen Form ist gerade nicht feudal oder neofeudal oder

refeudal: Sie ist genuin kapitalistisch. Die Ware Arbeitskraft wird ihrerseits zur Ware, von Firma zu Firma weitergegeben, und alle VermittlerInnen schneiden sich ein Stück vom Mehrwert ab. Zu einem neofeudalen Verhältnis fehlt die spezifische persönliche Abhängigkeit, die bis zur körperlichen Verfügbarkeit geht. Der Leibeigene in der Feudalwirtschaft mochte höchst «prekär» leben, aber nicht, weil er von wechselnden UnternehmerInnen ständig auf den Arbeitsmarkt geworfen wurde wie der heutige Leiharbeiter, sondern weil er der direkten, persönlichen Verfügungsgewalt seines Grundherrn unterstand. Er mochte eine Zeitlang vor sich hin schufteln und seine Arbeitsprodukte abliefern, bis der Grundherr plötzlich direkt auf ihn zugriff, ihn zum Frondienst verpflichtete oder als Pfeilbogenfutter für einen Krieg oder sich das jus primae noctis nahm (wenn das nicht eine spätere faszinierte männliche Erfindung ist). Die heutige Leiharbeit dagegen ist immer noch durch Gesetze reglementiert – und Gesetze sind eine zivilisatorische (bürgerliche) Errungenschaft. Natürlich, heute muss zäh gegen deren Aushöhlung gekämpft werden, aber es gibt, anders als im feudalen System, immer noch Anrufungsinstanzen und politische Auseinandersetzungen.

Als ein weiteres Beispiel für die neue persönliche Verfügungsgewalt werden «unfriendly takeovers» angeführt: Das Management übernimmt die Belegschaft und verschachert sie weiter. Aber ist diese Verfügungsgewalt strukturell nicht die gleiche wie beim «friendly takeover»? Auch der «vulture capitalist» tritt dem Arbeiter nicht als persönlicher Herr entgegen, im Gegenteil: Die Beziehung ist weiter verdinglicht. Der Industriearbeiter des 19. Jahrhunderts, oder der Patron des Nachkriegsaufbaus im 20. Jahrhundert, von denen plötzlich so nostalgische Dinge zu vernehmen sind, kannte angeblich noch jeden Arbeiter beim Namen und war diesem damit viel «persönlicher» verbunden, als es die jetzigen ManagerInnen oder Financiers sind, denen die Belegschaft gesichtslose Manövriermasse ist.

Als neofeudal gilt schliesslich auch der Angriff auf die bürgerlichen Mittelschichten, die ihre bisherigen «Freiheiten» verlieren. Aber das ist eher eine Proletarisierung (wenn es denn das Proletariat noch gäbe). Die Mittelschicht gerät auf dem Markt stärker unter Druck. Diese Prekarität zeichnet sich gerade durch prekäre «Freiheit» und nicht direkte Abhängigkeit aus: Man muss sich seine Aufträge zusammensuchen, muss immer mehr Gratisarbeit liefern, sich die gesamte Infrastruktur selber anschaffen – im Feudalismus würden einem vermutlich zumindest die Werkzeuge zur Verfügung gestellt.

Insgesamt meint «Refeudalisierung» also bloss: Es ist schlimmer als vor dreissig Jahren geworden. Was unbestreitbar ist. Aber braucht es dafür einen neuen Begriff, der vieles behauptet und nichts erklärt?

Linker Populismus

Womöglich ist «Refeudalisierung» immerhin ein hilfreiches populistisches Schlagwort gegen die Exzesse des gegenwärtigen Finanzkapitalismus. Aber welche abscheuliche Vorstellung wird denn damit beschworen? Skrupellose Fürsten, die im Luxus schwelgen und ihre Leibeigenen auspeitschen? Wohl kaum. Eine berechtigte Ranküne gegen die da oben, die protzig und vulgär unser aller Reichtum verprassen, hat zweifellos zugenommen. Doch gerät das als Kritik am «Neofeudalen» in ein selbstverschuldetes Dilemma. Zwar sind Bankerboni zum Skandalon geworden, aber die unvorstellbaren Saläre von Rock- und Fussballstars werden von den meisten Fans nicht in Frage gestellt, sondern bewundert. Schliesslich hat sich im Gefolge des Neoliberalismus das meritokratische Prinzip stärker denn je durchgesetzt. Deswegen ist ein «feudaler Lebensstil» keineswegs negativ besetzt, sondern womöglich erstrebenswert. Damit ist auch die «Refeudalisierung» als polemischer Begriff stumpf.

Der Begriff «Refeudalisierung» setzt auf Katastrophenstimmung. Er schlägt alles über einen Leisten, setzt auf die grossen Schlagzeilen statt auf die hartnäckige Detailanalyse. Durch eine historisch grandiose, aber falsche Bezugnahme verschleiern er, was er zu erklären verspricht. Wem soll das helfen?

Dieser Artikel erschien in der WOZ Die Wochenzeitung Nr. 26/12 vom 28. Juni 2012.